

## Antrag an das 33. Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin

Antragsteller*in(nen):	Linke Liste	
Datum	21.01.2026	
Nr. und Datum der Sitzung	33. Studierendenparlament	21.01.2026
Beschluss-Nr. (vom Präsidium auszufüllen)	SP-33/24	

### I. Antragsgegenstand

Der Antrag befasst sich mit der aktuellen Tarifaueinandersetzung im öffentlichen Dienst der Länder (TV-L/TV Stud) und der Solidarität der Studierendenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin mit den streikenden Beschäftigten. Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin soll mit diesem Antrag seine Unterstützung für die Beschäftigten im Geltungsbereich des TV-L sowie für deren Forderungen nach fairer Bezahlung und verbesserten Arbeitsbedingungen zum Ausdruck bringen und die Studierendenschaft zur solidarischen Beteiligung an den Arbeitskampfmaßnahmen in der Tarifrunde und am 28.01.2026 aufrufen.

### II. Beschlussentwurf

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin möge beschließen:

Die verfasste Studierendenschaft informiert auf all ihren Kanälen der Öffentlichkeitsarbeit über den anstehenden Streik an der HU und die Tarifrunde der Länder und ruft die Studierenden zur Teilnahme am Hochschulaktionstag (28.01.2026) der Gewerkschaften auf. Inhaltliche Grundlage der Information und des Aufrufs ist der folgende Text:

„Auch Studierende der Humboldt-Universität sind von der Tarifaueinandersetzung unmittelbar betroffen. Viele arbeiten selbst als studentische Beschäftigte unter den Bedingungen des TV-L. Gleichzeitig verschärfen die geplanten Kürzungen des Berliner Senats im Hochschul- und Bildungsbereich den bestehenden Personalmangel, Arbeitsdruck und die Prekarisierung weiter. Schlechte Bezahlung, unsichere Beschäftigungsverhältnisse und Kürzungspolitik gehen dabei Hand in Hand und verschlechtern nachhaltig Lehre, Forschung und Studienbedingungen. Das Studierendenparlament unterstützt daher die Forderungen der Gewerkschaften nach einer Entgelterhöhung von 7 %, mindestens jedoch 300 Euro monatlich, nach einer spürbaren Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie nach einer auskömmlichen Finanzierung der Hochschulen. Der Streik richtet sich damit nicht nur gegen unzureichende Tarifangebote, sondern auch gegen eine Politik der Unterfinanzierung öffentlicher Bildung und Daseinsvorsorge.“

Den Verantwortlichen im RefRat steht die genaue Nutzung dieser textlichen Grundlage.

### **III. Finanzielle Auswirkungen, ggf. Angaben zur Verwendung beantragter Mittel**

Keine

### **IV. Begründung**

Mündlich

### **V. Beteiligung und Stellungnahme anderer Organe oder Initiativen der Studierendenschaft**

Keine

### **VI. Kontaktmöglichkeit zur\* zum Antragsteller\*in bzw. zu den Antragsteller\***

Johann.Nepomuk.Waltz@hu-student.de